

Eröffnung des Forums „Amerika und Europa – Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?“ durch Herrn Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler am 18. Januar 2011 im Ständehaus Dresden

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Merz,

sehr geehrter Herr Staatsminister Professor Dr. Wöller,

sehr geehrter Herr Präsident Hagenloch,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete des Sächsischen Landtages,

verehrte Gäste,

ich danke Ihnen, dass Sie meine Einladung angenommen haben und freue mich sehr, Sie zum Dresdner Gesprächskreis im Ständehaus begrüßen zu können.

Ideen und Strategien brauchen Multiplikatoren.

Ich habe diese Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, um vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit Ideen und Strategien aufzunehmen, auszutauschen und vor allem gemeinsam weiterzuentwickeln.

Wir verfügen in Deutschland und nicht zuletzt hier in Sachsen in allen Bereichen der Gesellschaft über ein hohes Basispotenzial der materiellen und ideellen Wertschöpfung, das es zu nutzen gilt. Wir können dieses Potenzial aber nur im Zusammenspiel der Kräfte und Interessen zur Entfaltung bringen, wie sie beispielgebend auf unserem Podium vertreten sind. Was wir brauchen, sind Zentren für politisch-kulturelle Innovationen.

Dazu verweise ich auf drei inhaltliche Schwerpunkte, die ich dieser Veranstaltungsreihe sehr gerne mit auf den Weg geben will.

Einen ersten Schwerpunkt bildet die Schärfung des Bewusstseins unserer sächsischen Identität. Sächsische Geschichte und regionale Identität in Mitteleuropa gehören zu den wertvollsten Quellen unserer kulturellen und ökonomischen Leistungsfähigkeit, aus denen wir für die Zukunft schöpfen können. Sie geben den Menschen in diesem Freistaat Stolz, Selbstbewusstsein und Zuversicht.

Den zweiten Schwerpunkt sehe ich in der Stärkung des Föderalismus und der Entwicklung der Demokratie, deren Prinzipien sich nicht aus zentralistischen

Perspektiven heraus, sondern einzig und allein von der Basis her entfalten können. Bundestag und Landtage müssen nach dem Lissabon-Vertrag und der damit verbundenen Subsidiaritätskontrolle effektiv an den europäischen Gesetzgebungsvorhaben mitwirken, die unsere Zuständigkeit betreffen. Eine Zukunft hat der deutsche Föderalismus nur, wenn die Länder europäische Politik aktiv mitgestalten.

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit liegen mir als dritter Schwerpunkt und Grundprinzip verantwortungsvollen politischen Handelns besonders am Herzen. Ein nachhaltiger, generationsgerechter und ausgeglichener Haushalhalt ist die wichtigste Konstante einer erfolgreichen sächsischen Politik. An diesem politischen Alleinstellungsmerkmal des Freistaates Sachsen in der Bundesrepublik Deutschland halten wir weiterhin eisern fest.

Die Forderung der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit gilt aber nicht nur bei der Gestaltung der Wirtschaft- und Finanzkreisläufe und einer enkelgerechten Haushaltspolitik. Sie gilt für die Bewahrung der Schöpfung.

Und sie gilt für das Ringen um soziale Gerechtigkeit, bei der es nicht um die Gleichheit, sondern um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – nicht um Ergebnisgleichheit, sondern um Chancengleichheit - geht und deren Umsetzung auch noch den Wohlstand künftiger Generationen in Rechnung stellt.

Den gemeinsamen Rahmen für diese drei Wertsetzungen – Identität, Föderalität, Nachhaltigkeit – bildet für uns Deutschland und Europa. Obwohl sich unsere Bundesrepublik gerade in der Krise als Wirtschaftsmacht und Solidargemeinschaft bewährt, ist die Europäische Union unverzichtbarer Rahmen für unsere Politik in einer multipolaren Welt.

Meine Damen und Herren,

vor fast einem Jahr hat Friedrich Merz in einem Telefonat zwischen uns das heutige Thema gestellt: Folgt der Finanzkrise in Europa und Amerika die Staatskrise? Eigentlich können wir für einige Staaten der europäischen Währungsunion heute auf das Fragezeichen verzichten. Dabei galt die Euro-Zone doch ursprünglich als Kern einer Stabilitätsgemeinschaft „Europäische Union“. Die dem Euro immer mehrheitlich skeptisch gegenüberstehenden Deutschen wurden zum exportorientierten Kraftzentrum in einem einheitlichen Wirtschaftsraum von 320 Millionen meist älteren Menschen. Die Europäische Zentralbank formte man nach dem Vorbild unserer grundsoliden Bundesbank.

Die wirtschaftsschwächeren Staaten profitierten vom neuen, starken Geld. Staat und Bürger lebten dort über ihre Verhältnisse und häuften riesige Schuldenberge zu anfänglich niedrigen Zinsen an. Als die Risiken höher und das Geld knapper wurden, erwischte es zuerst die Griechen – die sich mit gefälschten Statistiken in den Euro geschmuggelt hatten, - dann die Iren – die gleich mit einem Etatdefizit von 32 % -. Auch die Kreditwürdigkeit Spaniens, Portugals und Italiens wird herabgestuft. Die

Länder können die exponentiell steigenden Zinsen für immer neue Schulden nicht mehr tragen. Versicherungen, Banken und Finanzinvestoren, hinter denen die Sparer in Deutschland, China, Skandinavien und anderswo stehen, erkennen die Risiken und wollen ohne Sicherheiten kein Geld mehr leihen.

Obwohl es die europäischen Verträge verbieten, helfen die europäischen Regierungschefs und der Internationale Währungsfonds. Griechenland bekommt 110 Milliarden Euro und ein Rettungsschirm von 750 Milliarden wird aufgespannt, von dem das wegen seiner Banken gestrauchelte Irland 85 Mrd. Euro abbekommt. Griechenland steht unter Zwangsverwaltung, die despektierlich „PIIGS“ genannten Staaten vor härtesten Haushaltsanierungen.

Können diese Staaten ihre Haushalte je in Ordnung bringen und akzeptiert deren Bevölkerung die damit verbundene Absenkung des Lebensstandards?

Soll die Europäische Zentralbank unbegrenzt die Anleihen hochverschuldeter Staaten kaufen?

Kommt es zur Verschärfung des europäischen Stabilitätspaktes, zu automatischen Sanktionen für Schuldensünder, zu einer Wirtschaftsregierung – deutsch oder exportbeschränkend französisch – oder zu einer europäischen Transferunion?

Das sind nicht die Fragen eines lesenden Arbeiters, die uns Bertholt Brecht überlieferte, sondern die der Steuerzahler und der von Inflationsängsten umgetriebenen Sparer.

Meine Damen und Herren,

Amerika, du hast es nicht besser. Die offizielle Arbeitslosigkeit in der neuen Welt liegt bei 9 %, die reale bei bis zu 17 %. Die Staatsschulden sind seit Bill Clintons vergleichsweise goldenen Zeiten von 33 % des Bruttonettoproduktes (BIP) auf heute 62 % gestiegen und könnten 2020 griechische Verhältnisse erreichen.

Der US-Verteidigungsetat ist mit 550 Milliarden jährlich doppelt so hoch wie der Russlands, Chinas, Japans, Indiens und der restlichen NATO-Staaten zusammen. Ohne chinesische Kredite, die inzwischen 20 % der Staatsschulden ausmachen, könnte Amerika weder seine Kriege finanzieren noch die militärischen Stützpunkte in 120 Ländern unterhalten.

Funktioniert eine Weltmacht auf Dauer auf Pump?

Kann der in immer größerer Menge gedruckte Dollar stabil und Leitwährung der Welt bleiben?

Wie können verantwortungsvolle Politiker – Demokraten und Republikaner – ein Haushaltsdefizit von 1,3 Billionen Dollar und Steuerkürzungen von 2 Billionen Dollar bis 2013 überhaupt vertreten?

Wird die von Obama einberufene überparteiliche Kommission für fiskalische Verantwortung und Reform radikale Kürzungen in Verteidigungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik durchsetzen können?

Meine Damen und Herren,

wir brauchen Antworten auf diese Fragen. Die alte und die neue Welt, die Demokratien des Westens, sitzen in einem Boot. Fast 40 % des Welthandels finden zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union statt, mehr als mit China, Indien und anderen Schwellenländern. Wir haben in dieser transatlantischen Gemeinschaft nicht nur dieselben Probleme, sondern auch dieselben Werte und dieselbe offene und demokratische Gesellschaft. Vergessen wir das nie.

Schto delatsch?

Was tun, würde der Russe, nicht nur Wladimir Iljitsch Lenin, fragen.

Meine Blicke richten sich auf unseren Redner und die Diskutanten unseres Podiums.

Friedrich Merz hat das Thema „Amerika und Europa – Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?“ nicht allein als Vorsitzender der Atlantikbrücke gewählt, auch wenn sich diese Vereinigung der Förderung der transatlantischen Beziehungen ganz besonders verpflichtet fühlt.

Denn zuallererst geht dem Politiker, Redner und Schriftsteller Merz ein Ruf als Finanz- und Wirtschaftsexperte voraus, dessen Thesen und Vorschläge immer wieder die Reformdebatten in Deutschland befeuert haben.

Seinen Weg in der Politik begann der Rechtsanwalt im Europäischen Parlament, dem er von 1989 bis 1994 angehört hat.

Friedrich Merz war von 1994 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Finanzausschuss, stellvertretender Vorsitzender und seit 2000 als Nachfolger von Wolfgang Schäuble Vorsitzender seiner Fraktion.

Nach der Bundestagswahl 2002 wurde Angela Merkel Fraktionsvorsitzende und Friedrich Merz wurde zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden mit Zuständigkeit für die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Finanzen gewählt.

Im Dezember 2004 zog er sich von diesem Amt und mit Ablauf der Legislaturperiode 2009 zugleich auch aus der Bundespolitik zurück.

Bereits zuvor hatte er einen dramatischen Ansehens- und Einflussverlust des Parlaments beklagt und eine Grundsatzdebatte über die Zukunft des Parlamentarismus gefordert.

Als Buchautor hat er im letzten Jahrzehnt Zukunftsstrategien und Handlungsmodelle zur Diskussion gestellt und nach Wegen zu einer dynamischen und zukunftsfähigen Gesellschaft in Deutschland gesucht.

Es ist für uns als Gastgeber eine ganz besondere Ehre, dass Friedrich Merz die Dresdner Gesprächskreise hier im Ständehaus mit seinem Vortrag eröffnet.

Damit darf ich Sie zu mir nach vorne bitten. Hier gehört das Podium Ihnen. Bei uns haben Sie das Wort.